



Bundesumweltministerin Steffi Lemke

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck

- Offener Brief per E-Mail jeweils an beide Minister*innen

München, 05.02.2025

Betreff: Verhandlungen zur Spielzeuggesetzgebung – Handeln Sie jetzt, um den höchsten Schutz für Kinder vor schädlichen Chemikalien in Spielzeugen sicherzustellen

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Lemke / Sehr geehrter Herr Bundesminister Habeck,

derzeit laufen die Verhandlungen zwischen dem Rat, dem EU-Parlament und der Kommission zur Überarbeitung des Spielzeugsicherheitsgesetzes in einer entscheidenden Phase.

Mit diesem Schreiben bitten wir, eine Gruppe von zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den Bereichen Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucher*innenschutz, Sie um Ihre Unterstützung und fordern Sie dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass mit der neuen Gesetzgebung der höchste Schutz für unsere Kinder und ihre Familien vor schädlichen Substanzen in Spielzeugen gewährleistet ist.

Die Überarbeitung der Spielzeuggesetzgebung folgt auf Erkenntnisse, dass das derzeitige EU-Recht Kinder nicht ausreichend vor schädlichen Chemikalien in Spielzeugen schützt [1]. Kinder sind besonders anfällig, da sich ihre Körper noch in der Entwicklung befinden – ihr Gehirn, ihr Immunsystem und ihre Hormonsysteme sind sehr empfindlich und können bereits durch geringe Mengen schädlicher Chemikalien beeinflusst werden.

Um unsere Kinder zu schützen, muss die Überarbeitung des Spielzeugsicherheitsgesetzes Folgendes beinhalten:

- **Ein Verbot von PFAS, den „ewigen Chemikalien“**

Einige Mitgliedstaaten haben begonnen, PFAS über nationale Gesetzen zu verbieten, bestimmte US-Bundesstaaten haben PFAS bereits aus Spielzeugen verbannt und immer mehr Unternehmen produzieren PFAS-freie Produkte. Im vergangenen Jahr wurde entschieden, PFAS in Lebensmittelverpackungen gemäß der Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle zu verbieten. Wir fordern, dass derselbe Ansatz auch für die Spielzeugsicherheitsverordnung angewendet wird. Wir verstehen nicht, warum Lebensmittelverpackungen frei von PFAS sein sollten, Spielzeuge jedoch nicht.

- **Ein Verbot der Bisphenol-Gruppe**

Die europäische Chemikalien Agentur ECHA hat rund 150 besorgniserregende Bisphenole als Gruppe zusammengestellt und bewertet. [2] Davon wurden viele in Spielzeugen gefunden – in einigen Fällen konnten bis zu sechs verschiedene Bisphenole in einem einzigen Spielzeug nachgewiesen werden. Bisphenole wurden im Urin von Kindern in ganz Europa nachgewiesen, und ihre hormonellen Auswirkungen können u.a. zu Entwicklungsstörungen, Fettleibigkeit und Krebs führen.

Es gibt zwei wichtige Gründe, warum diese Chemikalien als Gruppe verboten werden müssen. Erstens, um die Maßnahmen eines Verbots von Bisphenolen zu beschleunigen, da es Jahrzehnten dauern würde, sie einzeln auf EU-Ebene zu beschränken. Zweitens, um teure, so genannte „bedauerliche Substitutionen“ zu vermeiden – einen Prozess, bei dem die Industrie ein schädliches Bisphenol durch ein anderes ebenso schädliches ersetzt.

Einige Interessengruppen, die einer Verschärfung der Spielzeugsicherheitsverordnung entgegenwirken, behaupten, dass die REACH-Verordnung besser geeignet sei, Kinder vor Bisphenolen in Spielzeugen zu schützen. Allerdings ist unklar, wann unter REACH weitere Maßnahmen zu Bisphenolen ergriffen werden. Inzwischen wissen wir bereits, dass mindestens 34 Bisphenole aufgrund ihrer Beeinträchtigung des Hormonsystems und ihrer Auswirkungen auf die Fortpflanzung eingeschränkt werden müssen, wie in einem Bericht der Europäischen Chemikalienagentur hervorgehoben wird [3].

- **Die Erweiterung des Mechanismus zur Beschränkung auf alle besonders schädlichen Chemikalien**

Spielzeug ist zum Spielen da und sollte nicht krank machen. Alle Chemikalien, die langfristige, schwerwiegende Schäden verursachen können, müssen aus Spielzeugen verbannt werden, einschließlich Chemikalien der fünf Gefährdungsklassen, die bisher nicht von der Europäischen Kommission oder dem Rat berücksichtigt wurden: Chemikalien, die (sehr) persistent, (sehr) bioakkumulativ oder (sehr) mobil und toxisch sind (PBT/vPvB und PMT/vPvM), sowie endokrine Disruptoren für die Umwelt [3]. Alle diese Chemikalien werden in Dokumenten der Kommission als „schädlichste Chemikalien“ definiert und haben daher nichts in Spielzeugen zu suchen.

Der Rat hat in seinen Schlussfolgerungen [4] der Erklärung der Kommission zugestimmt, dass persistente, bioakkumulative und toxische (PBT) Chemikalien nicht in Verbraucherprodukten, einschließlich Spielzeugen, enthalten sein sollten. Daher sind wir überrascht, dass das Verhandlungsmandat des Rates zur Spielzeugsicherheitsgesetz diesem Punkt nicht nachgeht.

- **Die Einbeziehung des Vorsorgeprinzips in den operativen Teil des Gesetzes**

Dies würde sicherstellen, dass Unternehmen und die Europäische Kommission dieses Prinzip bei ihren Entscheidungen vollständig berücksichtigen.

- **Die Einführung des Digitalen Produktpasses für Spielzeug**

Chemikalien in Produkten sollten für alle Stakeholder entlang des gesamten Lebenszyklus nachverfolgbar sein. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für sichere Substitution und unterstützt Unternehmen, Marken, Regulatoren, Vollzugseinrichtungen und Verbraucher*innen bei deren Umsetzung.

Wir appellieren an Ihre Verantwortung und Ihre Führungsrolle, den höchstmöglichen Schutz für Kinder zu fördern, im Einklang mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen [6] und den Kinderrechten, um sie vor schädlichen Chemikalien zu schützen.

Wir möchten Sie darüber informieren, dass dieser Brief öffentlich gemacht wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit zu diesem Thema.

Mit freundlichen Grüßen

- ❖ Ninja Reineke, Vorstandsvorsitzende und Head of Science **CHEM Trust Europe e.V.**
- ❖ Florian Schulze, Geschäftsführer **European Network for Environmental Medicine**
- ❖ Alexandra Caterbow, Co-Director, **Health and Environment Justice Support e.V.** (HEJSupport)
- ❖ Gabriela Strobel, Vorständin **Pestizid Aktions-Netzwerk e.V.** (PAN Germany)
- ❖ Dr. Kerstin Effers, **Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V.**
- ❖ Annemarie Mohr, Geschäftsführung **Women Engage for a Common Future e.V.** (WECF)

Referenzen:

[1] European Commission (2020), Evaluation of the Toy Safety Directive https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/1852-Evaluation-of-the-Toy-Safety-Directive_en

[2] [3] European Chemicals Agency (2021), Assessment of regulatory needs
<https://echa.europa.eu/documents/10162/7de6871f-30db-9cdc-0a13-20942f511e00>

[4] Council (2021), Conclusions - Sustainable Chemicals Strategy of the Union: Time to Deliver
<https://www.consilium.europa.eu/media/48827/st06941-en21.pdf>

[5] Known in technical terms as PBT, vPvB, PMT, vPvM and EDC for environment

[6] European Society for Paediatric Endocrinology (2024), Statement in the context of the ongoing trilogue negotiations
https://www.eurospe.org/wp-content/uploads/2024/12/ESPE-Statement-Toy-Safety-Regulation_11122024-1.pdf